



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XII/37 - 13. Februar 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Weltpolitik entspannt sich	S. 1
Für und Wider Wehrpflicht-Diskussion in Belgien	S. 3
Arno Scholz: Mit Ollenauer in den USA	S. 4
"Gauleiter" a.D. Koch - kein Handelsprojekt	S. 7

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 21821-98

Fernschreiber 0886890

Weltpolitik entspannt sich

Von einem gelegentlichen diplomatischen Mitarbeiter

Die während der Suez-Krise und unmittelbar im Anschluss an die militärische Intervention der Sowjetunion in Ungarn verschärfte internationale Spannung gleitet langsam wieder in einen Prozess der Auflockerung hinüber.

Folgende Anzeichen sind dafür vorhanden: Das sichtbare Bemühen Moskaus, das Abrüstungsgepräch zu intensivieren, die vorsichtige Haltung der Westmächte gegenüber allen Fragen, die den Nah-Ost-Konflikt und das ungarische Drama betreffen, der von Außenminister Schepilow vor dem Obersten Sowjet unterbreitete Vorschlag, eine gemeinsame Politik der Ko-Existenz im Nahen Osten zu entwickeln und schliesslich das Bemühen der Vereinigten Staaten in der UNO, den Krieg in Algerien zu lokalisieren. Am Rande dieses nur skizzenhaft gezeichneten Bildes der Auflockerung steht auch der letzte Brief Bulgariens an Bundeskanzler Dr. Adenauer.

Wie auch in einzelnen die verschiedenen im Gange befindlichen Verhandlungen über die Spannungsmomente in der Weltpolitik ausgehen mögen - die Tatsache, dass ganz offenbar auf vielen Ebenen mit dem Ziel der Entspannung verhandelt wird, zeigt, wie sehr nach den kritischen Wochen am Ende des vergangenen Jahres alles wieder in Fluss geraten ist.

Im europäischen Raum gibt es hierbei noch einige besondere Aspekte,

13. 2. 1957

die nicht übersehen werden dürfen. Da ist die vor einigen Tagen erfolgte Erneuerung des Handelsvertrages zwischen Frankreich und der Sowjetunion und die Bereitschaft der USA, mit dem Polen Gomulka einen Vertrag über wirtschaftliche Hilfsmassnahmen auf der Basis von etwa 500 Mill. Dollar abzuschliessen.

In Belgrad ist bekanntgeworden, dass Tito im Begriff ist - trotz der zunächst abgesagten Reise nach Washington - neue Wirtschaftsverträge mit den USA vorbereiten zu lassen, wobei ausdrücklich betont wird, Jugoslawien wolle in Zukunft keine Geschenke, sondern echte Verträge, in denen es sich zur Rückzahlung der geleisteten Hilfe verpflichtet.

In dem weltweiten Spannungsfeld zwischen Ost und West gibt es natürlich noch einige andere Probleme, die der Lösung harren. Zur Zeit scheint man sie jedoch weder in Washington noch in Moskau öffentlich anzusprechen zu wollen. Da ist zunächst die Frage der Aufnahme Chinas in die UNO. Inzwischen ist nämlich bekannt geworden, dass Nehrus Versuch, bei Eisenhower die Zustimmung der Vereinigten Staaten zur Gestaltung eines besseren Verhältnisses Chinas zu den USA zu erreichen, offenbar nicht von dem gewünschten Erfolg gekrönt war. Andererseits dürfte jedoch feststehen, dass sowohl die Vereinigten Staaten wie auch China nichts tun wollen, was zu einer Verschlechterung ihres Verhältnisses zueinander führen könnte. Die Fern-Ost-Spezialisten in den Ausserministerien der Westmächte wissen im übrigen darüber zu berichten, dass gerade zur Zeit von Mittelsmännern Tschiangkai-scheks und Tschu En-lais intensiv über die Lösung des Formosa-Problems verhandelt wird. Wie es heisst, mit Wissen der Amerikaner !

In diesem grossen Spiel zwischen Ost und West, das man gegenwärtig als ein Abtasten im Hinblick auf die Vorbereitung einer neuen internationalen Konferenz charakterisieren könnte, hat selbstverständlich auch das Deutschlandproblem seinen Platz. Man hat sich in der Vergangenheit zwar daran gewöhnt, die Problematik des gespaltenen Deutschlands aus der Sicht militärischer Überlegungen anzusehen. Diese Art von Betrachtungsweise ist jedoch überholt, seitdem man in Washington und Moskau weiss, dass nicht die Anzahl der einander gegenübergestellten Divisionen, sondern die Wirksamkeit möglichst ferngesteuerter atomarer Waffen im Ernstfall entscheidend wäre. Diese Tatsache lässt auf beiden Seiten die Überlegung heranreifen, wie man ohne Prestigeverlust von der Politik des nur strategischen Denkens herunterkommen kann.

Bulgarin hat in seiner letzten Botschaft an Adenauer unter anderem auch angedeutet, Westdeutschland sei von aussen her, gewissermassen unter Zwang, zum Lufmarschgebiet einer gegen die Sowjetunion gerichteten Strategie geworden. Abgesehen davon, dass man nicht mit Steinen werfen soll, wenn man selbst im Glashaus sitzt, fordert Bulgarin jedoch durch seine Bemerkung geradezu den Hinweis darauf heraus, dass die jetzige Regierung der Bundesrepublik keineswegs zum Abschluss der NATO-Verträge "gezwungen" wurde, sondern sich in diese Verträge hineingedrängt hat. Von der Regierung der sogenannten DDR ist natürlich im Hinblick auf das Warschauer Paktssystem das gleiche zu sagen. Es entspricht durchaus der Logik des allgemeinen politischen Geschehens in der Welt, wenn immer drängender die Frage gestellt wird, ob die Regierung des freien Teiles Deutschlands - der Bundesrepublik - nicht schlecht beraten ist, wenn sie von sich aus nichts unternimmt, um den Auflockerungsprozess in der Weltpolitik durch eigene Vorschläge zum Deutschlandproblem zu fördern.

Rüstungskritik setzt sich durch

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Die Kritik und der Zweifel an der herkömmlichen Rüstungsform mit ihrer allgemeinen Wehrpflicht beginnen sich auch in den kleinen Staaten Europas immer stärker durchzusetzen. So hat der seit dem Jahre 1954 im Amt befindliche belgische sozialistische Verteidigungsminister Spinoy vor der Senatskommission für Landesverteidigung eine durchgreifende Reform der belgischen Rüstung befürwortet. Militärsachverständige des Generalstabes und Wortführer aller Parteien schliessen sich dem Minister immer lauter an.

Man gibt zu, dass Belgien Milliarden und Killiarden seit Kriegsende (meist unter christlichsozialen Verteidigungsministern) für die Anschaffung von Kriegsmaterial ausgegeben hat, das heute schon völlig veraltet ist. Offen wird auch die Frage aufgeworfen, ob bei dem jetzigen Stand der Atomwaffen die Aufrechterhaltung eines numerisch starken und durch den Ausfall der Eingezogenen für die Wirtschaft auch indirekt besonders teuren Wehrmacht auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht noch das Richtige sei. Man bejaht zwar die Notwendigkeit einer Truppe, die, eingegliedert in eine internationale Wehrorganisation der westlichen Welt, gegen eventuelle imperialistische Angriffe aus dem Osten eingesetzt werden kann, aber der Verteidigungsminister hat auf den letzten NATO-Sitzungen deutlich zu verstehen gegeben, dass Belgien nicht gewillt sei, das "Fussvolk" für eine Belgien auf keine Weise schützende Verteidigung gegen Atomangriffe aus dem Osten zu stellen. Der sozialistische Verteidigungsminister wie die Spitze des Generalstabes halten eine durchgreifende Umstellung der belgischen Rüstungsstruktur angesichts der Entwicklung der atomaren Waffen für notwendig.

Dabei spielt die Frage eine Hauptrolle, ob nicht die Wehrpflicht zugunsten einer vier bis fünf Jahre dienenden kleinen Berufsarmee aufzugeben sei. Generalstabsler und zivile militärische Sachverständige weisen darauf hin, dass augenblicklich der belgische Soldat keineswegs mit allen Schikaneen der atomaren Abwehr bekannt gemacht werden kann, und dass andererseits das Militär eine Reihe von "Öffentlichen Diensten", Transport, Flugzeugbeobachtung, Wetterdienst, Krankenpflege versieht, die man besser durch eine zivile militärische Einrichtung

besorgen lassen könnte. Nur eine kleine Einsatztruppe von Berufesoldaten wäre innerhalb einer internationalen Verteidigungsorganisation notwendig und könnte die eigentlichen militärischen Aufgaben erfüllen.

Die Diskussion über diese Umstellung der belgischen Rüstung ist in vollem Gange. Eine besondere "Sachverständigenkommission" aus Abgeordneten, Technikern und führenden Offizieren ist eingesetzt, um einen Reformplan auszuarbeiten. Die Abschaffung der allgemeinen Wehrpflicht steht im Mittelpunkt ihrer Erwägungen. Dazu wird vor allem geprüft, wo Abstriche an den recht hohen laufenden Kriegsmaterialbeschaffungen gemacht werden können, um eine Wiederholung der unnützen Milliardenausgaben der ersten Nachkriegsjahre zu vermeiden. Man denkt weiter an die Schaffung eines "Königlichen Generalkommissariates für die Reformierung der Armee", das die Umstellung durchführen soll und nicht zuletzt innerhalb der NATO für eine Abschaffung der zahlenmäßigen Verpflichtungen Belgiens in bezug auf die Stärke der belgischen NATO-Kontingente dringen soll. Man will nicht mehr "Fussvolk" stellen, was eine Aufrechterhaltung der allgemeinen Wehrpflicht bedingt, ohne dabei die Gewähr zu geben, dass Belgien in einem eventuellen neuen Weltkrieg nicht wieder Kriegsschauplatz wird. Dahinter steht weiter die Hoffnung, dass eine Beschränkung der Rüstungen des Westens auf atomare Abschreckungswaffen den Weg zu einer allgemeinen Abrüstung in Osten und Westen erleichtern würde.

* * *

Politik unter den Wolkenkratzern

A. Sch., New York

Von den über 100 Stockwerken hohen Geschäfts- und Zeitungshäusern, die heute die Silhouette von New York bestimmen, lässt sich nach Einfahrt in einem der Superfahretühle an Größe und Geschwindigkeit ein weiter Blick ins Land tun. Und mit einer der riesigen Flugzeugmaschinen ist es nur noch ein Sprung von zehn Stunden, um in Europa, Wien, Rom, Paris und in der Bundesrepublik zu sein. Der Suezkanal liegt heute, das begreift man auf einem Flug sehr schnell, im selben Interessengebiet wie der Panamakanal und Japan.

Auf der "Präsident", mit der wir - Erich Ollenauer, Fritz Heine und ich - am Sonntag von Frankfurt starteten, waren in erster Linie

Diplomaten und Geschäftsleute an Bord, die einen - auch das ist ein Zeichen der Entwicklung - weil sie deutsche Autos nach USA exportieren, andere weil sie grosse Tanker brauchen und in den deutschen Werften verhandeln. Einige Fluggäste kamen schon von weiter her, aus Vorderasien, wo es starke Interessen an Öl gibt. Sie suchten Gespräche mit uns und legten Wert darauf, mit Erich Ollenhauer photographiert zu werden.

Empfang beim Oberbürgermeister

Die Flugzeit dauert an sich 20 Stunden. Sie "verkürzt" sich aber dadurch, dass nach der Landung die Uhr um 5 Stunden zurückgestellt werden muss. In New York funkelten noch die Lichterketten zu uns heran, als die Flugmaschine zur Landung einschwang. Trotzdem die Uhr erst 6.30 zeigte, erwarteten die Journalisten, die Funk- und Fernsehreporter schon begierig, mit dem Führer der Opposition im Bundestag zu sprechen. Freimütig stellte sich Erich Ollenhauer auch den kniffligsten Fragen. Nur zu einem war er nicht zu bewegen, zu "orakeln", was nach den Bundestagswahlen sein werde. Die grossen Fernsehgesellschaften, von denen gleich mehrere Erich Ollenhauer vor eine ganze Reihe von Reportern über die verschiedensten Probleme ausfragen liessen, müssen wohl gleich vom Flugplatz zum Stadthaus gefahren sein, denn als wir dort, nach einem kurzen Sprung ins Hotel, auch einen mit 50 Stockwerken, erschienen, hatten sie ihre Kameras und Mikrofone schon wieder aufgestellt.

Oberbürgermeister Wagner, dessen Vater aus Hessen nach USA ausgewandert, empfing Erich Ollenhauer, obwohl er den frühen Morgen benutzen musste, in einem für New York gerade in den Tagen eines Kälteeinbruchs gefährlichen Streik der Hafentarbeiter zu verhindern. Da fast alle Heizungen in New York auf Ölföhrung umgestellt sind, wäre ein solcher Streik von überhaupt nicht abzuschenden Folgen.

Oberbürgermeister Wagner führte nach der üblichen Zeremonie des Händeschüttelns unter dem Blitzfeuer der Fotoreporter ein langes Gespräch, in dem er bewies, wie aufmerksam er die deutschen Probleme verfolgt. Er hat schon eine eigene Meinung, das liess er deutlich werden, als er es kürzlich ablehnte, den König von Saudiarabien zu empfangen. Und ein Besuch bei Wagner ist das einzig Offizielle, was in New York gemacht werden kann. Diese grösste Stadt der Welt ist weder Sitz von Bundes- noch Landesbehörden.

Vom Rathaus war es zwar nicht weit zum Haus des "jewish labour committee" und doch eine lange Fahrt, um durch die Lichterketten der Verkehrsampeln der Stop- und Einbahnschilder zum Ziel zu kommen. Bei dem Empfang des international sehr angesehenen committees waren die für die Raumverhältnisse begrenzten Karten schnell vergriffen. Besonders eingeladen war Frau Kethly, die von den ungarischen Kommunisten lange Jahre im Gefängnis festgehalten, dann von den Aufständischen befreit und ins Ausland geschickt wurde, um Hilfe zu suchen. Auch der greise Abramowitsch, der Vorsitzende der russischen Sozialdemokratie, den Lenin ins Ausland jactete als er die Räte-Republik ausrief, suchte die

Gelassenheit, mit uns zu sprechen.

Harte und lange Diskussionen

Danach reichte es gerade noch, einige Aufnahmen zu machen und schon war das nächste Treffen bei dem Herausgeber der größten und einflussreichsten Zeitschrift der Welt, bei Henry Luce, der nicht nur mit seiner Zeitschrift "Life" Politik macht, sondern eine Reihe von anderen Publikationen herausgibt und dessen Frau überdies noch Botschafterin in Rom war und jetzt nach USA zurückgekehrt ist. Wie einflussreich die Presse in USA ist, dafür ist ein Beweis, dass die rechte Hand von Luce heute G.D. Jackson ist, der auf der Berliner Konferenz 1953 der erste Berater von Dulles war. Er hatte sicher schon vorher andere Vorstellungen von der Aussenpolitik als Dulles und trat daher von seinem Posten zurück. Auch der Berater der amerikanischen Besatzungsbehörden in Berlin, Hobbing, den Berlinern in guter Erinnerung für vieles, was er in dieser Funktion tat, gehört heute zum Stabe von Luce.

In diesem Kreise wurde hart diskutiert und ungewöhnlich lang. Die Amerikaner wissen heute, dass die NATO-Politik nicht mehr ausreicht. Dieser fast zur Weltanschauung erhobene Zusammenschluss der militärischen Kräfte in Europa mit der Hilfsstellung durch die USA konnte doch immer nur die Position gegenüber dem Kommunismus halten aber nie verbessern. Und gerade darum gehts doch heute. Der Auflösungsprozess des Warschauer Paktes, dem Drang der ehemaligen Ostblockstaaten nach Selbstständigkeit, muss doch anders begegnet werden als mit Zugucken. Und die Amerikaner haben mit ihrem Angebot der Warenlieferung nach Polen doch bewiesen, wie sehr sie sich der veränderten Situation anpassen können. Wir wollen natürlich nicht den Kommunismus helfen, Positionen zu behaupten, aber doch alles tun, um denen zu helfen, die ihre Freiheit erkämpfen oder erhalten wollen.

Für neue Ideen aufgeschlossen

Darum sind sie auch bereit, mit Politikern wie Erich Ollenhauer zu sprechen, weil sie nach Wegen suchen aus der erstarrten Politik herauszukommen. Sie wollen allerdings die NATO-Politik - die der Stärkeren erst aufgeben, wenn sie sicher sind, dass andere Lösungen auch wirklich zum Ziel führen, zu einer Verständigung, aber unter Wahrung der Freiheit und des Friedens. Erich Ollenhauer entwickelte den Herausgeber des "Life", Luce, seine Vorstellungen von der Schaffung eines Sicherheitspaktes für Europa. Ob die Zeit dafür schon reif ist, hängt vom Verhalten der Sowjets ab. Aber wie will man wissen, wie sie denken, wenn man ihnen nur die Lösung eines wiedervereinigten Deutschland in der NATO anbietet? Man soll miteinander reden, nur das will Erich Ollenhauer zunächst durchsetzen, ohne natürlich dabei das mindeste Zugeständnis zu machen, das zur Einengung der Freiheit führen könnte. Hier konnte ja Ollenhauer darauf verweisen, dass Sozialdemokraten unter Hitler wie unter dem kommunistischen Regime die grössten Opfer auf sich genommen haben.

Ähnliche Gespräche ergaben sich bei dem ersten Abend Erich Ollenhauers in New York. Der deutsche Botschafter bei der UNO, Erich Oppert, hatte ihn in sein Haus eingeladen. Englische, französische, schwedische und dänische Diplomaten nahmen diesem Empfang teil.

Lasst Polen den Koch

Der. Nichtamtliche deutsche Stellen liessen amtliche Warschauer Stellen wissen, es würde das deutsch-polnische Gespräch wesentlich stören, wenn es zur Durchführung des Prozesses gegen den früheren Gauleiter Koch von Königsberg käme. Vor allem würde es die Aussichten auf eine Ausweitung des gegenseitigen Handels trüben. Hier muss man sich fragen: Wie mag in den Köpfen dieser nichtamtlichen deutschen Stellen sich die Welt spiegeln? Verruchten, mit Schmach und Schande bedeckten Männern wie dem Koch ist es ja zu verdanken, dass sich zwischen dem polnischen und deutschen Volk so grauenvolle Abgründe aufgetan haben, die zu überbrücken noch die Arbeit von Generationen erfordern wird. An Kochs Händen klebt das Blut eines Massenmörders, zu vielen Tausenden liess er Polen und Juden erschiessen oder in den Gaskammern von Auschwitz verenden ...

Hunderttausend Ostpreussen haben ihn in schrecklicher Erinnerung, war er doch durch seine Wahnsinnsbefehle für sinnloses Sterben und Leiden unschuldiger Menschen verantwortlich. Bei den überlebenden Opfern seines Grössenwahns formen sich die Lippen zum Fluch, wird dieser Name genannt ...

Hier kann man nur sagen: Hände weg von Koch, lassen wir ihn der Polen, machen wir ihn nicht zum Handelsobjekt. Koch wurde 1950 von den Briten den Polen ausgeliefert. Das Untersuchungsverfahren gegen ihn läuft fast sieben Jahre. Das spricht für das Bestreben der polnischen Justiz, den Prozess in einer leidenschaftslosen Atmosphäre zu führen. Es besteht wirklich keine Veranlassung, diesen ehemaligen Paladin Hitlers seinen Richtern zu entziehen. Die Sühne solcher Verbrechen, wie sie im Namen Kochs geschehen sind, ist geradezu eine Vorbedingung für die Überwindung der Vergangenheit, deren Schatten die deutsch-polnischen Beziehungen so schwer belasten.

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel